

(Abgeordneter Fleißner.)

(A) So liegen die Dinge. Es hat keinen Zweck, sich über sie hinwegzutäuschen. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß, wenn eine Reform in Frage kommt, die Mehrheit der Zweiten Kammer eine Reform will, die etwas zu bedeuten hat. Eine parlamentarische Reform stelle ich mir unter diesen Umständen fast unmöglich vor, und die Erfahrungen, die wir hinter uns haben, haben meine Auffassung wenigstens bisher bestätigt, es sei denn, die Herren der Ersten Kammer kämen doch noch, und zwar sehr schnell zu der Überzeugung, daß sie nachgeben müssen —, das glaubt aber wohl keiner von uns, das ist so gut wie ausgeschlossen.

Wir sehen, daß die Bemühungen, die seit zwölf Jahren in diesem Hause und im Landtage überhaupt im Gange gewesen sind, auch heute wieder von vornherein vor einem Nichts stehen, noch ehe die Zweite Kammer zu der Regierungsvorlage selbst Stellung genommen hat, es wird dasselbe Spiel sein mit dem gleichen negativen Ergebnis. Ich sage das deshalb, weil es notwendig ist, dem Volke zu sagen, wie die Situation steht, weil es notwendig erscheint, dem Volke zu sagen und zu erkennen zu geben, daß es unter diesen Verhältnissen nichts zu erwarten hat und daß es die Initiative auf irgendeine Weise wird ergreifen müssen, wenn es sich diesen Zustand auf die Dauer nicht weiter gefallen lassen will.

(B) Es hat ja auch in der Ersten Kammer eine Opposition gegeben, aber sie ist auch danach gewesen, sie war in ihren Zielen durchaus bescheiden, so bescheiden, daß, wenn die Anschauungen dieser Opposition in der Ersten Kammer zur Geltung gekommen wären, sie keine wesentliche Änderung hätten herbeiführen können. Sie haben sie aber nicht einmal durchsetzen können. Mit einem Fatalismus, der auffallen muß, hat man erklärt: Wir sind nicht damit einverstanden, wir möchten weitergehen, aber wir werden keine Anträge stellen und der Vorlage keine Schwierigkeiten machen. Und nun kommt das Charakteristische: Man verläßt sich auf die Zweite Kammer und sagt: Die Zweite Kammer wird es schon machen; dort wird eine Mehrheit zustandekommen, die weitergeht als die Beschlüsse der Ersten Kammer. So sieht die Opposition in der Ersten Kammer aus.

Der Herr Referent der Ersten Kammer, der über das Dekret zu berichten hatte, hat an die Spitze seiner Ausführungen einen merkwürdigen und sehr bezeichnenden Satz gestellt, er hat auf den Weltkrieg hingewiesen und ihn in Verbindung mit der Reform der Ersten Kammer gebracht und mit den Bestrebungen nach politischer Neuordnung überhaupt, und er hat dem Sinne nach gesagt: Wir haben bisher gesiegt, wir werden weiter siegen; und nun stellt er die merkwürdige Frage: Weshalb dann

noch eine Neuordnung? Diese Frage in Verbindung (C) mit dieser Schlußfolgerung ist sehr bezeichnend. Das Volk draußen wird diese Frage, in dieser Form gestellt, als eine bittere Verhöhnung empfinden. Wir sind nicht der Meinung, daß die Gewährung politischer Rechte eine Belohnung des Volkes für Wohlverhalten im Kriege sein soll. Das ist nicht der Fall. Wir haben die Rechte früher gefordert, wir werden sie weiter fordern. Wenn man schon ausspricht, daß im Sinne jener Herren der Ersten Kammer das Volk draußen auf dem Schlachtfelde seine Pflicht getan hat, was läge näher, als nun auch dafür zu sorgen, daß dieses Volk auch politische Freiheit und Rechte bekommt? Das wäre die logische Konsequenz vom Standpunkte jener Denkweise aus. Der Herr Referent der Ersten Kammer hat eine ganz andere Logik aus diesen Dingen gezogen.

Er hat weiter ausgeführt, die Erste Kammer müsse noch in ihrem Einflusse verstärkt werden, und hier hat er wieder auf das Volk exemplifiziert. Er hatte gemeint, man müsse die Erste Kammer so stark wie möglich machen, die Wurzeln bis auf den tiefsten Grund des Volkslebens zu schlagen versuchen. Das Volk, wenigstens die große Mehrheit des sächsischen Volkes, wird von einer solchen Auffassung nichts wissen wollen, besonders in Verbindung mit der Frage, die ich eben aussprach.

So viel ist nach dem, was wir bis jetzt aus der Praxis und den Beschlüssen und der Tätigkeit der Ersten Kammer auch in den letzten Jahrzehnten kennen, sicher, daß das Volk von dieser Seite aus nichts zu erwarten hat und nicht erwarten darf, daß der Drang des Volkes nach Freiheit und Bildung irgendwie unterstützt wird und daß dem Volke irgendwelche nennenswerten Rechte gewährt werden. So stehen die Dinge. (D)

Ob es unter solchen Umständen möglich sein wird, daß dieselbe Erste Kammer tief in das Volksleben mit ihren Bestimmungen eindringen kann, ist eine Frage, die nicht sehr schwer zu beantworten ist.

Weiter ist bei den Beratungen, wie es schon hier geschehen ist, von der Ersten Kammer und von den Referenten zurückgewiesen worden die Anschauung, daß die Erste Kammer eine Interessenvertretung sei. Man stellt sich immer vor und sucht es nach außen so hinzustellen, als ob die Erste Kammer eine Einrichtung sei, die vollständig über den Interessen, über den Parteien stehe und ihre Entscheidungen ganz unbeeinflusst von dem, was um sie vorgeht, treffe. Das ist ein großes Wort sehr gelassen ausgesprochen. In Wirklichkeit beweist die Tätigkeit der Ersten Kammer das strikte Gegenteil. Ich brauche nur an zwei Fragen zu erinnern, von anderen ganz abgesehen, an das Scheitern der Schulreform und